

# Offizielle Mitteilungen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - **(1986)**

Heft 2

PDF erstellt am: **06.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

herauszugreifen, müssen nicht identisch, wohl aber kompatibel mit den entsprechenden EG-Regelungen werden. Ohne dem Rechtszwang von EG-Vorschriften unterworfen zu sein, muss die Schweiz doch Wege finden, um diese Kompatibilität herzustellen und dabei ihre Interessen voll einzubringen.

### **Neue Optik erforderlich**

Diese Aufgabe ist nicht ganz neu für die Schweiz. Aber der Umfang dieser Harmonisierungen dürfte sich mittelfristig derart vermehren, bis sie nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sind. Unsere Diplomatie scheint dafür gerüstet, hatte sie doch schon seit dreissig Jahren ähnliche Aufgaben punktuell zu bewältigen. In der Verwaltung dürfte aber die

se neue Dimension der Schweizer Aussenwirtschaftsverflechtung einige Umstellungen in Geist und Praxis erfordern. Eine neue Blickweise wird aber vor allem die Schweizer Industrie zu entwickeln haben. Bei Schweizer Auslandsunternehmen, die mit der EG zu tun haben, gibt es ein wachsendes Unbehagen darüber, dass die Schweizer Binnenwirtschaft, vor allem die kleineren Unternehmen, noch fast keine Sensibilität für die Wandlung in der westeuropäischen Integrationswelt entwickelt zu haben scheinen und riskieren, in einigen Jahren von den Neuentwicklungen abgehängt zu sein. ●

*Jörg Thalman, Korrespondent von «Basler Zeitung» und «Der Bund» in Brüssel*



## **Offizielle Mitteilungen**

### **Beitritt der Schweiz zur UNO:**

### **Erklärung von Bundesrat Pierre Aubert vor der Presse nach der eidg. Volksabstimmung vom 16. 3. 1986**

Volk und Stände haben heute, wie es die Verfassung verlangt, über den Beitritt unseres Landes zur UNO abgestimmt. Volk und Stände haben sich gegen den Beitritt ausgesprochen. Der Bundesrat bedauert diesen Entscheid, respektiert jedoch den in aller Freiheit ausgedrückten Willen des Souveräns.

Dieser negative Entscheid stellt, wie die Abstimmungskampagne gezeigt hat, die Grundlagen unserer Aussenpolitik nicht in Frage. Für den Bundesrat werden die dauernde und bewaffnete Neutralität, die Solidarität mit der Völkergemeinschaft sowie die Universalität in unseren auswärtigen Beziehungen und die Disponibili-

tät der Schweiz – namentlich was die guten Dienste betrifft – weiterhin für unsere Beziehungen mit den andern Staaten wegleitend sein. Ebenso werden wir uns auch in Zukunft für die Achtung des internationalen Rechts und der Menschenrechte einsetzen.

Mit dem Entscheid, der UNO nicht beizutreten, verzichtet die Schweiz auf ein Instrument, das Bundesrat und Parlament für die Führung unserer Aussenpolitik als wichtig erachteten. Nicht Mitglied der UNO zu sein, ist in der heutigen Welt mit Nachteilen verbunden, die man kaum wird vollständig ausgleichen können. Der Bundesrat wird jedoch weiterhin alles in seiner Macht stehende tun, um die Interessen und den Standpunkt der Schweiz in der Welt zu vertreten, und zwar sowohl auf bilateraler Ebene als auch in den internationalen Organisationen, denen wir angehören.

Der Bundesrat wird an dieser Politik festhalten und seine Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen weiterführen. Dies ist integrierender Bestandteil unserer Aussenpolitik und entspricht dem, was die Völkergemeinschaft von unserem Land erwarten kann. ●

## Nein zum UNO-Beitritt

16. März 1986: Die Stimmbürger haben den UNO-Beitritt der Schweiz mit 75,7% Nein gegen 24,3% Ja abgelehnt.

## Schärfere Abgasnormen

Der Bundesrat hat beschlossen, für Personenwagen auf den 1. Oktober 1987 und für leichte Nutzfahrzeuge ein Jahr später gleich strenge Abgasvorschriften einzuführen, wie sie in den USA seit 1983 gelten (US-83-Normen). Es handelt sich bei diesen Massnahmen um einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Luftqualität. Zusammen mit Österreich steht die Schweiz damit an der Spitze der europäischen Staaten. Die Erfüllung der neuen Normen ist nach dem heutigen Stand der Technik nur mit Dreiweg-Katalysatoren und Lambdasonden möglich. Da Katalysatoren bleifreies Benzin voraussetzen, konnte der Bundesrat die US-83-Normen nicht sofort in Kraft setzen, sondern er musste eine ausreichende Versorgung der Nachbarstaaten mit bleifreiem Benzin abwarten. ●

EJPD/

Informations- und Pressedienst

**Bis 31.12.1986:**

## Umtausch alter Führerausweise

Ende dieses Jahres läuft die Frist ab, während der vor dem 1. Juli 1977 ausgestellte schweizerische Führerausweise durch neue Dokumente ersetzt werden müssen. Der Umtausch erfolgt am einfachsten durch persönliche Vorsprache bei dem für den auf dem Ausweis aufgeführten Ort (letzter Wohnsitz, bzw. schweizerische Kontaktadresse: Verwandte, Freunde etc.) zuständigen kantonalen Strassenverkehrsamt.

Verlangt werden neben dem alten Führerschein (im Original) je nach Kanton ein bis zwei Passbilder. Wer sich nicht persönlich in die Schweiz begeben kann, ist gebeten, sich schriftlich beim zuständigen Strassenverkehrsamt über das Vorgehen zu erkundigen. ●

*Auslandschweizerdienst/EDA*

## Nächste eidgenössische Volksabstimmungen

**28. September und 7. Dezember 1986**

Als Vorlagen sind vorgesehen: Zuckerbeschluss (Referendum), Kultur- und Mieterschutzinitiative je mit Gegenvorschlag sowie Kündigungsschutz- und Berufsbildungsinitiative. Die definitive Verteilung auf die Termine ist noch nicht bestimmt. ●



FLÜELEN, 435 m

## DIE ETAPPEN ZUR TOTALREVISION DER BUNDESVERFASSUNG

rbl. Der Prozess der Totalrevision der Bundesverfassung dauert jetzt bereits 20 Jahre: Im Herbst 1965 reichten Ständerat Karl Obrecht (FDP, Solothurn) und Nationalrat Peter Dürrenmatt (Lib., Basel-Stadt) Motionen ein, die eine umfassende Überprüfung der Verfassung forderten. Bundesrat Ludwig von Moos sagte ja zu dem Unternehmen, und das Parlament überwies 1966 die beiden Vorstösse. Darauf setzte der Bundesrat eine kleine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Alt-Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen ein, deren Aufgabe es war, eine Auslegeordnung der Problematik zu erstellen. Ihr Fragebogen, den sie an die Kantone, Parteien, Verbände und Universitäten sandte, fand ein grosses Echo und aktivierte Hunderte von Schweizerinnen und Schweizern, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie denn das «Haus Schweiz» aussehen solle. 1973 erstattete die Arbeitsgruppe Wahlen Bericht. Sie bejahte die Totalrevision und zeigte, was geändert werden müsste.

Darauf bildete der Bundesrat eine grosse Expertenkommission unter dem Vorsitz von Bundesrat Kurt Furgler; ihr oblag es, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Sie legte ihn Anfang 1978 vor. Er stiess auf ausserordentlich grosses Interesse. Tausende von Entwürfen wurden in Bern bestellt, und weite Kreise zeigten sich geradezu begeistert. Doch die Vernehmlassung, die dann folgte und in der die politischen und wirtschaftlichen Organisationen zum Zug kamen, ergab ein weniger eindeutiges Bild: Vor allem die Kantone, die bürgerlichen Parteien und die Arbeitgeberorganisationen kritisierten die Wirtschaftsverfassung und die Aufgabenteilung scharf. Angesichts der Ergebnisse war der Bundesrat etwas ratlos und diskutierte in mehreren Etappen Varianten zum Entwurf der Expertenkommission Furgler.

1982 entschied die Landesregierung indessen, den Weg der Totalrevision weiterzubeschreiten. 1983 entschloss sie sich dazu, dem Parlament zunächst Bericht zu erstatten und nur dann einen definitiven Verfassungsentwurf auszuarbeiten, wenn das Parlament ihr den Auftrag dazu gibt. Jetzt liegt dieser Bericht vor, und nun ist das Parlament am Zug.